

25. August 2008, 18:34 Uhr

VON MATTHIAS IKEN UND SIMONE MEYER

SCHWARZ-GRÜN

Anja Hajduk sieht keine geheimen Absprachen

Die 100-Tage-Zwischenbilanz der neuen Landesregierung erlebte Anja Hajduk (GAL) wandernd im Berner Oberland. Seit einer Woche ist die Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt zurück in ihrem Büro. Sie blickt voller Tatendrang auf die anstehenden Haushaltsberatungen und verwundert auf angebliche Geheimabsprachen.



Die GAL-Spitzenpolitikerin und Supersensorin Anja Hajduk (45) Foto: Bertold Fabricius
schließt Steuererhöhungen nicht aus. Aber „neue Schulden soll es auf jeden Fall nicht geben“

WELT ONLINE: Frau Senatorin, wie haben Ihnen die ersten Wochen gefallen, in denen Sie zusammen mit der CDU die Stadt regieren?

Anja Hajduk: Eine Koalition muss sich erst bewähren, wenn schwierigere Themen auftauchen. Und dort, wo wir keine gemeinsame Ausgangslage haben, wird es sicher noch Probleme geben. Aber der Start war erst mal recht ordentlich.

WELT ONLINE: Die Geheimabsprachen zum geplanten Neubau von Möbel Höffner, die vor zwei Wochen durch einen Aktenvermerk publik geworden sind, dürften Ihnen den Start aber verhagelt haben.

Anja Hajduk: Ich bedaure, dass dieser „Vermerk“ zu Irritationen geführt hat. Der war nicht abgestimmt mit den Teilnehmern des Gesprächs. Insofern hat es mich überrascht, dass es da nun eine schriftliche Niederlegung aus dem Gedächtnis von einer Seite gibt. In unserer Behörde liegt dieser Vermerk gar nicht vor.

WELT ONLINE: Im Koalitionsvertrag ist der Inhalt dieses vertraulichen Gesprächs auch nicht aufgetaucht...

Anja Hajduk: Während der ganzen Verhandlungstage wurden Dinge angesprochen, die jetzt nicht im Koalitionsvertrag stehen. So etwas nenne ich nicht Geheimabsprachen. Ja, wir haben über Möbel Höffner gesprochen und uns einvernehmlich geeinigt, den Bebauungsplan Eidelstedt68 neu zu prüfen. Ich finde es selbstverständlich, dass unter neuen politischen Mehrheiten auch Einfluss genommen werden kann auf die Bewertung eines Bebauungsplans. Es ist doch logisch, dass sich das Regierungshandeln in bestimmten Punkten jetzt etwas anders darstellt als während der Alleinregierung der CDU.

WELT ONLINE: Die GAL hat ja schon im Wahlkampf deutlich gemacht, dass sie gegen den Höffner-Neubau ist.

Anja Hajduk: Uns erschien der Bebauungsplan bisher nicht plausibel. Wir haben zum Beispiel immer Probleme

gesehen im Hinblick auf den Verkehr und die Auswirkungen im Einzelhandel. Darüber gehen auch vor Ort die Meinungen auseinander. Wir werden das nun sorgfältig prüfen, auch das bisherige Verfahren. Ich verwehre mich aber gegen Vorwürfe, dass wir uns dabei nicht an den rechtlichen Rahmen halten.

WELT ONLINE: Wo wollen Sie als grüne Ressortchefin weitere Akzente in der Stadtentwicklung setzen?

Anja Hajduk: Wir werden bald die Pläne für die östliche Hafencity konkretisieren. Die werden geprägt sein von den Zielen grüner Politik, der Klimaschutz spielt eine herausragende Rolle. Außerdem wollen wir preisgünstiges Wohnen ermöglichen, und zwar für unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen, zum Beispiel Baugemeinschaften oder -genossenschaften.

WELT ONLINE: Und wie wollen Sie den Verkehr in der Hafencity regeln?

Anja Hajduk: Wegen ihrer Insellage müssen wir besonders aufpassen, dass der Zu- und Abfluss über die Brücken und Zugänge zu bewältigen bleibt. Wir wollen deswegen großes Gewicht auf Fußwege, Radwege und den öffentlichen Personennahverkehr legen. Auch die Idee „Shared Space“ könnte in der Hafencity eine Rolle spielen. Zu viel Autoverkehr könnte dieses Gebiet schnell überfordern.

WELT ONLINE: Über wachsenden Verkehr zum und aus dem Hafen klagen auch die Anwohner auf der gegenüberliegenden Seite der Elbe.

Anja Hajduk: Für den südlichen Elberaum planen wir jetzt ein größeres Verkehrsnetz. Dabei geht es nicht mehr nur um eine Hafenuferspanne wie bisher, sondern um zwei Ost-West-Verbindungen, eine nördliche und eine südliche. Und um eine Querverbindung zwischen beiden. Diese Netzplanung soll Anfang 2009 fertig sein, damit wir bei diesem leidigen Thema endlich vorankommen. Anschließend müssen wir uns bemühen, Hamburgs schlimmstes Nadelöhr in eine bessere Bedarfskategorie im Bundesverkehrswegeplan zu bekommen. Das gehört zu den Top-Projekten in meinem Haus, wird aber nicht einfach.

WELT ONLINE: Wie weit sind Sie mit den Planungen für das Stadtbahn-Netz?

Anja Hajduk: Wir werden da natürlich auch auf die alten Pläne zurückgreifen, die es unter Rot-Grün schon gab. Die müssen wir aber zwingend aktualisieren, gerade mit Blick auf das potenzielle Fahrgastaufkommen. Auf jeden Fall wird der Ausgangspunkt Steilshoop/Bramfeld sein.

WELT ONLINE: Im Koalitionsvertrag haben Sie die erste Strecke bis zum Borgweg definiert. Bleibt es dabei?

Anja Hajduk: Ich halte das immer noch für die beste Lösung. Wir prüfen aber auch denkbare Alternativen. Da habe ich keinen Riegel vorgeschoben. Wichtig ist, dass am Ende ein ausreichend großes Netz für die Niederflurstadtbahn geplant wird.

WELT ONLINE: Wird die Stadtbahn noch in dieser Legislaturperiode rollen?

Anja Hajduk: Ich hatte mir das ja immer gewünscht. Ziel ist nun, dass wir bis 2012 wenigstens mit dem Bau beginnen können. Die Vorplanung soll bis Mitte 2009 fertig sein, das Planfeststellungsverfahren dann 2010. Im Herbst entscheiden wir, wen wir mit Bau, Ausführung und Betrieb beauftragen.

WELT ONLINE: Bleiben denn genug Zeit und Geld, um auch den Sprung der U4 über die Elbe zu planen?

Anja Hajduk: Zunächst haben wir uns mit der Stadtbahn ein neues Projekt mit großer zeitlicher Priorität vorgenommen. Der laufende Bau der U4 in die Hafencity bindet ebenfalls Kräfte. Jetzt müssen wir nüchtern entscheiden, was wir finanziell und planerisch noch schaffen. Die Diskussion darüber wird im Moment nicht aktiv betrieben. Das wird letztlich aber auch damit zusammenhängen, was auf dem Kleinen Grasbrook passieren soll. Wenn dort eines Tages ein neues Projekt wie eine neue Universität entstehen sollte, bräuhete das natürlich auch eine ÖPNV-Anbindung.

WELT ONLINE: Befürchten Sie, dass einige Ihrer Projekte noch an der Finanzierung scheitern könnten?

Anja Hajduk: Auch meine Behörde muss gewisse Grenzen einhalten und einige Ziele durch Umschichtungen erreichen. Beim Haushalt stehen wir noch vor schwierigen Entscheidungen: Was wollen wir, und was können wir uns leisten?

WELT ONLINE: Wird der Senat die Steuern erhöhen?

Anja Hajduk: Das ist in der Diskussion. Neue Schulden soll es auf jeden Fall nicht geben.

WELT ONLINE: Beim geplanten Bau des Kraftwerks Moorburg sind sich CDU und GAL weniger einig. Ist ein Kompromiss noch möglich?

Anja Hajduk: Es geht im Moment nicht um Kompromisse, sondern um die rechtliche Bewertung in meiner Behörde. Wir arbeiten mit Hochdruck am Genehmigungsverfahren. Gerade wenn wir mit einer Untätigkeitsklage konfrontiert

sind, muss ich dafür sorgen, dass das Interesse der Stadt sorgfältig gewahrt wird.